

17.21

Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Minister! Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzte Kollegen! Meine tiefe Anteilnahme gehört den Familienangehörigen des Opfers. Ich weiß, wovon ich hier rede, denn ich selbst habe mehrere solche Fälle gehabt, wo ich als Polizist zu den Familienangehörigen von Opfern gehen und ihnen eine traurige Mitteilung überbringen musste. Das ist nicht sehr angenehm.

Die Familienangehörigen der Opfer sind vor allem zu betreuen. In diesem Bereich haben wir es geschafft, dass psychosoziale Dienste da jetzt tätig sind, die sich in dieser schwierigen Situation um die Familienangehörigen kümmern. Diese Betreuung wurde in den letzten Jahrzehnten wesentlich verbessert. Wie gesagt, es ist nicht angenehm für einen Polizisten, solche traurigen Mitteilungen zu überbringen, aber es ist leider notwendig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ein trauriges Ereignis, um das es hier jetzt geht. Wir gehen aber nicht einfach zur Tagesordnung über, sondern es gibt schon Maßnahmen betreffend dieses Ereignis. So wurde vom Justizminister eine Sonderkommission eingerichtet, die sehr umfassend tätig ist. Sie bezieht sich auf die Fachgebiete Psychiatrie, Unterbringung psychisch Kranker, Sozialarbeit, Jugendwohlfahrt und Opferschutz und beleuchtet auch das Verhältnis zwischen Justiz und Bundesministerium für Inneres.

Wir haben hier mehrere Ebenen zu betrachten. Der Justizminister hat schon bei seinem Statement selbst gesagt, dass hier die einzelnen Ebenen zu betrachten sind. Es wurde auch davon gesprochen, dass hier vielleicht ein Multifunktionsversagen erfolgt ist. Deswegen ist es so wichtig, die einzelnen Ebenen zu betrachten und zu beleuchten. Es freut mich, dass so viele Abteilungen an der Aufarbeitung dieses schrecklichen Verbrechens mitwirken.

Ich möchte, weil es in der Zeitung dementsprechende Meldungen gegeben hat, noch auf andere Punkte eingehen.

Erster Punkt: Es hat, wie „NEWS“ berichtete, die Mutter des Täters Probleme mit ihrem Sohn gehabt, und sie hat um Hilfe beim Jugendamt und auch bei der Polizei gerufen, in dessen Folge diese Person abgemeldet wurde. Ich stelle fest: Ein minderjähriger Bürger wird abgemeldet, und das Jugendamt ist zuständig. Da müssen wir uns als Abgeordnete schon fragen: Wie gehen wir mit solchen Fällen um? Und da bin ich erfreut, dass diese Kommission so umfassend eingerichtet worden ist. Denn es stellt

sich schon auch die Frage: Wollen wir, dass Minderjährige, die obdachlos sind, nicht vom Jugendamt dementsprechend betreut werden? Wollen wir, dass schwierige Minderjährige in der Obdachlosigkeit sind, verwahrlost in Österreich aufhältig sind?

Es gibt auch noch viele andere Punkte, die da zu beleuchten sind, zum Beispiel die Schnittschnellen. Es sollte – das muss auch gesagt werden – die Zuständigkeit klar geregelt sein. Es darf nicht so sein, dass ein Amt die Aufgabe auf das andere Amt überwälzt, sondern es sollte klar sein, wer die Verpflichtung hat, für Minderjährige tätig zu sein, denn genau in diesem Bereich – und da müssen wir Geld investieren, da braucht es Personal, da braucht es Budgetmittel – können wir in Zukunft so manches hintanhalten, indem die Minderjährigen, die uns auch das eine oder andere Problem bereiten, dementsprechend unterstützt werden.

Es wäre in diesem Zusammenhang auch wichtig, dass man über die Frage nachdenkt: Wie gehen wir mit jugendlichen Straftätern um? Wie können wir sie wieder auf einen guten Weg zurückführen? Wollen wir sie wirklich mit den Erwachsenen zusammengeben?

Es gibt da noch viele offene Fragen, aber meine Zeit reicht nicht, um hier all das anzuführen. Wie gesagt, wichtig ist, dass wir dieses Thema seriös aufarbeiten. Wir befinden uns da erst am Anfang, es wird sicher noch viele Gespräche dazu geben müssen, und man wird auch noch nachjustieren müssen, welche Maßnahmen noch notwendig sind.

Ich möchte jetzt nur noch auf zwei Sachen replizieren. Das eine ist: Es ist mitgeteilt worden, dass nach Kenia keine Personen zurückgebracht worden sind. Das stimmt so nicht. Es gibt laut FRONTEX sehr wohl Rückführungen nach Kenia. *(Zwischenruf des Abg. Walter Rosenkranz.)*

Herr Kollege Rosenkranz, das eine ist – und das weißt du ebenfalls –: Es geht auch um minderjährige Straftäter. Sie sind Fremde. Und was machen wir in diesem Fall? Und das andere ist: Wir müssen auch die gesetzlichen Vorgaben beachten. Erst aufgrund dessen können wir entscheiden, welche Möglichkeiten wir ins Auge fassen.

Die Sonderkommission, die jetzt eingerichtet wurde, sollte auch diesen Bereich transparent gestalten, denn die Staatsbürger in unserem Land haben das Recht, zu erfahren, welche Möglichkeiten wir haben. Das ist für die Opfer und auch für die Familienangehörigen des Opfers eine wichtige Antwort. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP.)*

17.26

Präsident Karlheinz Kopf: Nächster Redner: Herr Mag. Gerstl. – Bitte.